Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 87 (1993)
Heft: 6

Rubrik: Zeichen der Zeit : "Unbedingter Pazifismus"?

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

«Unbedingter Pazifismus»?

«Heute, angesichts der unfassbaren ‹desastres de la guerra› in Ex-Jugoslawien, stellt sich die Frage nach der Legitimität von Gewalt im Dienste des Friedens ganz besonders dringlich. Sind eine absolute Gesinnungsethik und damit ein unbedingter Pazifismus in einer solchen, durch eine Orgie von Bestialität gekennzeichneten Extremsituation noch zu verantworten?» Arnold Künzli stellt diese Frage in einem bedenkenswerten Essay, der im Maiheft 1993 der Kulturzeitschrift «du» erschienen ist. Und er stellt diese Frage an «die Friedensbewegung», die «bisher einem solchen absoluten Pazifismus verpflichtet» gewesen sei.

Nun weiss ich nicht, ob es «die» Friedensbewegung in dieser Eindeutigkeit, fixiert auf einen «unbedingten Pazifismus», je gegeben hat. Zu Beginn der 80er Jahre, nach dem Nato- «Nachrüstungsbeschluss», als die Friedensbewegung ihren Höhepunkt erreicht hatte, überwogen in ihr doch eher differenziertere Stimmen, die zwar für einen strikten Nuklearpazifismus, in der Schweiz auch für die Abschaffung der Armee eintraten, aber anderseits den Befreiungskämpfern in der Dritten Welt, von El Salvador bis Südafrika, keineswegs die gewaltlose Hinnahme mörderischer Regime zumuten wollten. Die Friedensbewegung setzte sich 1986 auch für den Beitritt der Schweiz zur UNO ein, obschon diese Weltorganisation militärische Sanktionen kennt, um das Völkerrecht durchzusetzen.

Was Arnold Künzli anstelle eines «absoluten Pazifismus à tout prix» vorschlägt, ist zumindest den Neuen Wegen – auch sie ein Teil der Friedensbewegung – nicht fremd: einen «Pazifismus, «dem der Friede zwar ein höchster Wert ist, der aber in seinem Denken und Tun die jeweilige politische, soziale, ökonomische und militärische Situation mit berücksichtigt und der gegebenenfalls, wenn auch à contrecoeur, sogar bereit wäre, zur Gewalt zu greifen». Es mag vielleicht erstaunen, dass kein geringerer als der «Pazifist» Leonhard Ragaz einer solchen Situationsethik des Friedenskampfes weitgehend zustimmen würde.

Ragaz' Situationsethik des Friedenskampfes

Gewaltlosigkeit und Antimilitarismus folgten für Ragaz aus «der Ehrfurcht vor der Würde und Heiligkeit des Menschen und dem Glauben an ein Reich der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, zu dem der Frieden gehört» (NW 1933, S. 450). Trotzdem stand Ragaz nie auf der Seite eines «unbedingten Pazifismus». Gewiss, wir kennen Ragaz als Pionier der Armeeabschaffung, der schon 1926 die Zeit für gekommen hielt, dass die Schweiz auf den vermeintlichen Schutz von Waffen verzichten sollte. Aber Ragaz wollte nicht die isolierte Abrüstung, sondern die exemplarische, mit der die Schweiz sich an die Spitze einer *internationalen Abrüstungsbewegung* stellen würde. Er hielt diese Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg für tragfähig genug, um die «Abrüstung als Mission der Schweiz» zu fordern. Nach ihrem Scheitern hat Ragaz, wie er sagte, «keine Abrüstung der Schweiz mehr gefordert und auch merken lassen, dass die Rüstung, wenn sie ernsthaft sein soll, auch eine gewisse Vollständigkeit haben müsse» (NW 1939, S. 226).

Im übrigen wäre es ein schon fast «ideales Volk» gewesen, das sich da entwaffnet hätte und mit dem Ethos der Gewaltlosigkeit der Völkergemeinschaft vorangegan-

gen wäre. In seiner Autobiographie verdeutlichte Ragaz diese weitere Einschränkung: «Das Ideal ist ein Volk, das auf Grund eines starken und alle Glieder umfassenden Glaubens an Gott und Christus ohne Schwert kämpft, so wie das Indien Gandhis. Wo diese Voraussetzung nicht vorhanden ist, soll Verteidigung mit den Waffen ihr Recht haben, aber mit dem Bewusstsein der dämonischen Gefahr, die mit der Gewalt und besonders mit dem Schwerte verbunden ist. Und freie Entscheidung für das Gewissen des einzelnen.»

Ragaz war nie der Meinung, dass Menschen, die *an Leib und Leben bedroht* sind, nicht verteidigt werden sollten oder sich nicht selber zur Wehr setzen dürften. Als Nazideutschland die Kommunistische Partei zu liquidieren begann, empörte Ragaz sich über die Passivität der Sowjetunion: «Wo blieb vollends die Rote Armee? Wir verlassen uns nicht auf Armeen, seien's rote oder andere, aber wenn man einmal solche hat, sie pflegt, sie feiert, dann sollen sie auch zeigen, dass sie da sind, wenn's ernst gilt, sonst ist ja der Betrug doppelt» (NW 1933, S. 187). Und als 1934 in Wien die Heimwehren gegen sozialistische Arbeiter vorgingen, gar «mit Haubitzen in die Wohnungen der Armen» schossen, «Tausende von Männern, Hunderte von Frauen und Kindern tötend», da ehrte Ragaz den bewaffneten Widerstand der sozialistischen Arbeiter mit den Worten: «Wir bleiben dabei, dass die Sache des Sozialismus auf eine *höhere* Weise vertreten und verteidigt werden kann und soll als durch Waffengewalt. Aber wir wären armselige Doktrinäre, wenn wir deswegen jenen Kämpfern die Ehre versagen wollten, die ihnen gebührt» (NW 1934, S. 130). Auch der Aufstand der Juden im Warschauer Ghetto vor 50 Jahren hat Ragaz so sehr beeindruckt, dass er schrieb: «Von diesem Kampfe werden einst grosse Dichter reden» (NW 1943, S. 356).

Freilich «blieb er dabei», dass menschliche Werte «auf eine höhere Weise vertreten und verteidigt werden sollten als durch Waffengewalt». *Gewaltlosigkeit* ist verbindlich für alle, die in der Nachfolge Christi stehen. Gewaltlosigkeit heisst aber nicht Kampflosigkeit, sondern ist die höchste, die moralisch anspruchsvollste Form des Widerstandes, wurzelnd im Absoluten, aus dem die Liebe zu allem, was lebt, hervorgeht. *Gandhi* ist mit dem leuchtenden Beispiel vorangegangen. Auf ihn beruft sich Ragaz, wenn er von den «Waffen der Bergpredigt» spricht. Dazu zählt er auch «den Generalstreik beim drohenden Ausbruch eines Krieges, die Verweigerung der Herstellung von Munition und anderem Kriegsmaterial in Friedenszeiten oder gar die massenhafte Verweigerung alles Kriegs- und Militärdienstes» (NW 1932, S. 12).

Es ist ein situationsethischer, kein dogmatischer Pazifismus, den Ragaz vertritt. Es kann Situationen geben, wo «Verteidigung mit Waffen ihr Recht» hat. Aber gleichzeitig muss auf eine Überwindung dieser Not- und Notwehr-Situationen hingearbeitet werden. Denn es bleibt dabei: *«Die Haltung der Bergpredigt»* ist nicht nur der «kleinen Herde», sondern grundsätzlich «allen zugänglich», aber wohl erst als Resultat eines Lernprozesses, der, von Gandhis Massenbewegung abgesehen, noch in den Anfängen steckt (NW 1932, S. 6ff.). «Unbedingt» hält Ragaz dagegen für sich selbst an der Maxime eines Widerstandes ohne Waffen fest. Eher hätte er das Martyrium auf sich genommen, als jemals selbst zur Waffe gegriffen.

Eine weitere Unterscheidung ist Ragaz wichtig: diejenige zwischen Krieg und *internationaler Polizeiaktion*. «Wir sind keine Tolstoianer», pflegte er zu sagen und meinte damit, dass der Religiöse Sozialismus das staatliche Gewaltmonopol anerkenne, ja es immer mehr auf die Völkergemeinschaft übertragen wolle. Diese müsste sich Organe geben, die vor allem einen Frieden in Gerechtigkeit anstreben sollten, auch durch ein Weltparlament, das juristische Gesetze der Solidarität gegen ökonomische Gesetz des Marktes erlassen würde, dann aber auch durch eine Exekutive, die das neue Weltrecht durchsetzen und zu diesem Zweck Sanktionen verhängen könnte. Ragaz dachte zuerst an ökono-

mische Sanktionen, er wollte im äussersten Fall aber auch militärische Sanktionen nicht ausschliessen.

Auf dem Weg zum Reich Gottes lassen sich Rechtsstaat und Völkerrecht nicht einfach überspringen. Wir kommen nicht an der Tatsache vorbei, «dass die Rechtsordnung im übernationalen Leben so wenig als im nationalen ohne eine *Zwangsgewalt* denkbar sei» (NW 1935, S. 602). Wie wäre das Völkerrecht doch gestärkt worden, wenn der Völkerbund Mussolinis Verbrechen an Abessinien mit Sanktionen, auch militärischen, wirksam geahndet hätte! «Entweder hat man Heere und Flotten, dann brauche man sie im Dienste der Menschlichkeit, oder man schaffe sie ab» (NW 1935, S. 511). Als «eine Art Polizei im Kolossalstil» zur Durchsetzung von Recht und Freiheit und damit als «Ersatz für den (gescheiterten) Völkerbund» rechtfertigte Ragaz später den Krieg der Alliierten gegen Hitler und Mussolini (NW 1939, S. 223).

In einem Offenen Brief an Fritz Lieb (NW 1939, S. 217ff.) wendet sich Ragaz «gegen eine doktrinäre Art von Pazifismus» und bringt seinen eigenen Pazifismus auf den Punkt: «Ich bin von ganzem Herzen für einen Widerstand ohne Waffen und glaube in letzter Instanz niemals an die Waffen, bin selbst ‹absoluter› Antimilitarist, aber wo in aller Welt Menschen für Freiheit, Demokratie, Sozialismus, Menschenrecht kämpfen, sei's auch mit Waffen, da bin ich mit ihnen, ginge gerne zu ihnen – ohne Waffen! – da wünsche ich ihnen Rettung, da verlange ich, dass man nicht durch Nichtintervention ihnen den Schutz des Völkerrechts versage.»

Kein «Frieden um jeden Preis» in Ex-Jugoslawien

«Frieden um jeden Preis» kann auch nicht die Devise der *Friedensbewegung* sein. Gewiss widersprachen wir in den 80er Jahren einer reaktionären Rechten, die von US-Aussenminister Alexander Haig bis Bundesrat Rudolf Friedrich verkündete, es gebe «wichtigere Dinge als den Frieden». Denn die Freiheit, die sie meinten und über alles setzten, war es wirklich nicht wert, um den Preis des Friedens verteidigt zu werden, schon gar nicht angesichts eines drohenden Nuklearkrieges. Davon abgesehen: «Nuklearpazifisten» waren und sind wir wohl alle. Und in bezug auf die Schweiz gilt heute mehr denn je, dass dieses technologisch ebenso entwickelte wie verletzliche Land mit Waffen und Militär nicht zu verteidigen ist. Das ist eine realistische Einschätzung, es bedarf keines besonderen Idealismus mehr, um eine «Schweiz ohne Armee» als (Überlebens-)Notwendigkeit zu begreifen.

Aber nun konfrontiert uns das Morden in Ex-Jugoslawien mit einer neuen, in Europa nicht mehr für möglich gehaltenen Situation. Der Ruf nach *bewaffneter Intervention* ist unüberhörbar. Er kommt auch aus der Friedensbewegung – und aus der ihr verbundenen Frauenbewegung, vor allem seit dem letzten Spätherbst, als in den Medien über Massenvergewaltigungen berichtet wurde. Dieser Ruf ist verständlich. Wir dürfen ihn nicht einfach zurückweisen, auch nicht mit pazifistischen Argumenten. Denn der Pazifismus will Leben schützen. Inwieweit militärische Massnahmen dazu taugen, ist die Frage, um die es heute in Ex-Jugoslawien geht.

Arnold Künzli möchte ökonomische Sanktionen mit der Drohung verbinden, dass die ganze Infrastruktur an Strassen, Eisenbahnlinien, Flugplätzen, Rüstungsfabriken usw. mit *High-Tech-Waffen* aus der Luft zerstört würde, wenn sich anders ein wirksames Embargo nicht durchsetzen liesse. Menschenleben würden dabei geschont, die Zivilbevölkerung vorher gewarnt. Aber hat nicht gerade der Golfkrieg gezeigt, dass es diese zielgenauen, Menschenleben schonenden «Präzisionsbombardierungen» nicht gibt? Und wie würde die serbische Seite reagieren? Sie liess sich schon durch die Ankündigung eines Nato-Einsatzes im ex-jugoslawischen Luftraum nicht abschrecken. Die entsprechende UNO-Resolution 816 wurde am Ostermontag mit einer Verschärfung des Kriegs am Boden beantwortet, hat also kein einziges

Menschenleben gerettet, sondern Hunderte von Menschen das Leben gekostet.

Müsste also nicht doch versucht werden, Bosnien mit *Bodentruppen* zu besetzen? Der Nato-Oberfehlshaber in Europa meint, mit 300 000 Soldaten wäre dies «innerhalb von Tagen» möglich. Wieviel Blut diese Intervention kosten würde, sagt der General nicht. Auch nicht, was nach der Besetzung des Landes geschehen müsste. Aber wäre eine solche «Polizeiaktion im Kolossalstil» nicht wenigstens Ausdruck einer handlungsfähigen, glaubwürdigen, solidarischen Völkergemeinschaft? Es darf doch nicht sein, dass nur interveniert wird, wenn, wie in Kuweit, Erdölinteressen auf dem Spiel stehen, nicht aber wenn es um Hunderttausende von Menschenleben geht. Frei nach Ragaz: Wenn die militärischen Möglichkeiten schon da sind, dann sollte man sie im Sinne der Menschlichkeit auch nutzen. Wenn... Noch raten die meisten Generäle den Politikern, die militärischen Möglichkeiten nicht zu überschätzen.

Paul Parin nennt es in diesem Heft «zynisch», dass die Bevölkerung von Bosnien-Herzegowina wegen des Waffen-Embargos der UNO einer mordenden, vergewaltigenden, plündernden Soldateska wehrlos ausgeliefert war. US-Präsident Clinton hätte am liebsten die bosnischen Muslime zu ihrer *Selbstverteidigung* aufgerüstet. Aber würden Waffenlieferungen nach Bosnien den Krieg nicht verlängern und noch mehr Opfer verlangen? Wer kann, wer darf diese Frage beantworten?

Was nicht sein darf, ist ein ungerechter, die «ethnische Säuberung» legalisierender «Friede». Da drängten sich, wie Arnold Künzli sagt, tatsächlich Analogien zu «München» 1938 auf. Wenn es wieder möglich ist und erst noch international akzeptiert wird, mit Gewalt Grenzen zu verändern, Menschen zu vertreiben und hinzumorden, dann sind die Schreckenstaten im heutigen «Ex-Jugoslawien» *Mahnzeichen für die Zukunft ganz Europas*. In der ehemaligen Sowjetunion können morgen schon Konflikte ausbrechen, die alles in den Schatten stellen, was heute in Bosnien-Herzegowina geschieht: Völkermord und Völkerselbstmord durch Massenvernichtungsmittel, die in den Arsenalen der abgewrackten Roten Armee lagern, mit Millionen von Menschen auf der Flucht. Nein, die Völkergemeinschaft darf keine gewaltsamen Eroberungen dulden oder gar anerkennen, sondern muss alles unternehmen, um sie zu verhindern oder rückgängig zu machen. Wer auf gewaltsame Eroberungen aus ist, soll wissen, dass er vom Verkehr mit der Völkergemeinschaft ausgeschlossen bleibt. Gewalt darf sich nie mehr lohnen. Die Völkergemeinschaft soll es demonstrieren, wenn's sein muss, mit Gewalt.

Trotzdem, ein mieses Gefühl bleibt. Wir diskutieren einmal mehr die Erlaubtheit und Erfolgschancen eines militärischen Einsatzes in Ex-Jugoslawien. Die sozialen Ursachen des Konflikts aber bleiben ausgeblendet. Als ob eine militärische Intervention etwas nützen würde, wenn nicht auch Einigkeit über die sozialen Ursachen bestünde, die zu überwinden wären. Und als ob bei einer solchen Einigkeit ein militärischer Einsatz nicht vielleicht sogar überflüssig würde. Westliche Mächte spielten Feuerwehr bei einem Brand, den sie rechtzeitig hätten verhüten können, wenn sie Serbien in ihr Integrationskonzept aufgenommen statt aus ihrem Europa ausgeschlossen und vormals jugoslawische Teilrepubliken durch eine desaströse Anerkennungspolitik aus dem gemeinsamen Staatsverband herausgebrochen hätten.

Und vor allem: Es gibt sie noch immer, die Menschen, die in Ex-Jugoslawien mit den «Waffen der Bergpredigt» kämpfen. Warum nehmen wir die Arbeit von Hilfswerken und Friedensgruppen kaum zur Kenntnis. Warum anerkennen wir nicht wenigstens die Militärverweigerer als politische Flüchtlinge? Warum gehen nicht mehr Friedensbrigaden nach Belgrad, um den zivilen Widerstand gegen ein faschistisches Gross-Serbien zu stärken? Warum üben wir nicht Kritik an Kirchen, die sich in den Strudel nationalistischer Emotionen ziehen lassen?

Nicht dass wir ratlos sind, ist das Problem, sondern dass wir nicht das Wenige tun, das wir tun könnten.